

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Rubrikspaltenzeitung für Anzeigen aus Aus und Umgebend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige. Kettenspaltenzeitung 20 Goldpfennige, sonstige Zeitungen 25 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 274

Donnerstag, den 26. November 1925

20. Jahrgang

Locarno-Debatte im Reichstag.

Von Wels bis Scholz für Locarno. — Die große Erklärung des Außenministers. Mißtrauensantrag der Deutschnationalen.

Berlin, 24. November.

Der Reichstag begann seine Locarno-Debatte schon um 10 Uhr vormittags. Den Reigen eröffnete der sozialdemokratische Abgeordnete Wels, der den Vertrag von Locarno als einen Wendepunkt der europäischen Politik bezeichnete und der Hoffnung Ausdruck gab, daß von jetzt ab ein neuer Geist die Völker beherrschen werde. Unter scharfer Polemik sowohl gegen die Deutschnationalen wie gegen die Kommunisten verteidigte er die Annahme des Vertrages von Locarno, dem seine Partei zustimme als den Beginn eines unter der siegreichen Fahne des Sozialismus geeinigten Europas.

Dann kam der deutschnationale Abgeordnete Graf Westarp zu Wort, der auf das Bestimmteste versicherte, daß die Deutschnationalen die Locarno-Vorlage einstimmig ablehnen werden, ohne sich in ihrer Haltung durch scharfe Angriffe der Gegenseite irremachen zu lassen. Selbstverständlich glaube niemand im Ernst, daß die Deutschnationalen so wahnsinnig sein würden, das wehrlose deutsche Volk in einen Krieg mit seinen bis an die Zähne bewaffneten Nachbarn zu ziehen. Auch die Deutschnationalen wollen Verständigung, aber dazu gehört, daß die feindlichen Truppen von Deutschlands Boden entfernt und daß die Verständigung Deutschland den wirklichen Frieden, die Freiheit und die Gleichberechtigung bringe. Im einzelnen begründete dann der Redner die ablehnende Haltung seiner Parteifreunde durch zahlreiche Momente. Das wichtigste davon ist die Befürchtung, daß der Vertrag von Locarno einen ausdrücklichen Verzicht auf deutsches Land bedeute. Wenn das auch aus dem Wortlaut nicht klar hervorgehe, so wolle seine Partei doch jede Möglichkeit einer derartigen Auslegung vermeiden, und schon deshalb müßte sie gegen den Vertrag stimmen. Weiter behauptete der Redner, daß für die Annahme der Vorlage die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit notwendig sei, da dem Reich die freie Entscheidung über Krieg und Frieden dadurch genommen würde. Er verlangte vom Reichstagspräsidenten, daß er bei der Abstimmung ausdrücklich feststelle, ob die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit erreicht sei. Sollte das nicht der Fall sein, dann würde sich seine Partei durch den Vertrag niemals gebunden erachten.

Es folgte eine

Erklärung der Zentrumspartei,

die der Abg. Fehrenbach abgab. Darin wird die Zustimmung zu dem Vertrag von Locarno ausgesprochen, unter ausdrücklicher Betonung, daß damit eine neue Unterschrift unter das Versailler Diktat nicht geleistet werde. Auch

ein Verzicht auf deutsches Land und Volk sei in dem Vertrag nicht enthalten. Als eine notwendige Folge der Verträge erachtet die Partei die Befreiung der zweiten und dritten Besatzungszone und bedauert, daß die volle Freiheit der deutschen Verwaltung im besetzten Gebiet nicht erreicht worden ist.

Darauf erklärte namens der Deutschen Volkspartei der Abg. Scholz ebenfalls die Zustimmung zu dem Vertrag von Locarno. Wertvoll sei es, daß die Verträge von Locarno auch eine fähigere Erleichterung für das Rheinland bringen, doch erwartet die Deutsche Volkspartei von der Reichsregierung, daß sie weiter auf diesem Gebiete eifrig tätig sein werde. Eine Anerkennung der Kriegsschuldfrage sei durch den Vertrag von Locarno nicht erfolgt, doch wird die Reichsregierung aufgefordert, beim Eintritt in den Völkerbund einen deutschen Standpunkt in dieser Frage darzulegen.

Am Schluß seiner Rede wandte sich Dr. Scholz gegen die Deutschnationalen. Stürmische Heiterkeit rief er hervor, als er sie bat, die in den Berliner Straßenbahnen jetzt angebrachten Witten und Warnungen zu beherzigen, wobei er insbesondere zwei von diesen Sätzen zitierte: „Spring nicht ab während der Fahrt“ und „Nimm Rücksicht auf andere“. Diese Mahnungen wurden selbst von den Deutschnationalen mit lebhafter Heiterkeit aufgenommen, die sich allerdings sofort in große Unzufriedenheit verwandelte, als der Redner sich allen Ernstes für die Zukunft verbat, daß den Anhängern des Vertrages von Locarno in der deutschnationalen Presse die vaterländische Gesinnung abgesprochen werde.

Dann kam der Kommunist Thälmann zu Wort, der erklärte, seine Partei würde freudig dem Vertrag von Locarno zustimmen, wenn er wirklich der internationalen Arbeiterklasse eine Besserung ihres Loses und die nationale Freiheit brächte.

Klara Zettin,

die kommunistische Reichstagsabgeordnete, die seit zwei Jahren in Moskau gewesen ist und heute morgen in Berlin eintraf, kommt zum ersten Male wieder in den Reichstagsaal. Die kommunistischen Abgeordneten umdrängen und begrüßwünschen sie. Einer überreicht ihr einen Strauß roter Nelken.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Bgg.): Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird nach Tschitscherins Erklärung dazu führen, daß Rußland uns nicht mehr als neutrales Land ansieht. Dann ist uns der einzige Weg versperrt, der uns bisher noch offen steht, der Weg nach dem Osten. Die Zukunft gehört zweifellos dem Gedanken der Schiedsverträge und einer größeren Organisation der Völker. Heute aber lehnen wir den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ab. Wir beantragen, daß die Völkerbundsfrage in einem besonderen Gesetz behandelt wird. Bei Ablehnung dieses Antrages lehnen wir die ganze Vorlage ab.

Abg. Graf Lerchenfeld (Wahr. Volksp.): Grundtätig sind wir der Ansicht, daß die Zeit gekommen ist, wo auch Deutschland dem Völkerbund angehören kann. Die Befreiung bleibt eine Gewalttätigkeit, auch wenn weniger französische Truppen im Rheinland stehen.

Graf Reventlow (Böhl.): Locarno bringt uns weder eine Revision des Versailler Vertrages noch eine Befreiung von der alleinigen Kriegsschuld. Durch den Locarno-Vertrag spielen wir im Verhältnis zu Rußland die Rolle des kleinen Mannes. Selbstverständlich ist für die Locarno-Verträge eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages erforderlich.

Abg. Strasser (Natsoz.) behauptet, die Regierung habe in Locarno einen Verrat an deutschem Land, an deutscher Ehre und an der deutschen Zukunft begangen, die der deutsche Reichstag sich jetzt anschide zu sanktionieren.

Die Locarno-Vorlage wird dann dem auswärtigen Ausschuss überwiesen. Am Donnerstag soll die zweite Beratung beginnen. Morgen kleinere Vorlagen.

Berlin, 24. Nov. In der heutigen Sitzung des Reichstages gab Außenminister Dr. Stresemann folgende Erklärungen ab:

Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat in seinen Ausführungen zum Ausdruck gebracht, daß man zweifelhaft darüber sein könnte, ob der Weg, den die deutsche Außenpolitik im letzten Jahre gegangen sei, ein richtiger gewesen wäre. Er hat insbesondere die Frage aufgeworfen, ob man nicht mehr hätte erreichen können, wenn man der Anregung gefolgt wäre, die vor etwa fünfviertel Jahren, im September vorigen Jahres, auf der Völkerbundtagung in Genf an Deutschland ergangen sei. Vielleicht — so habe ich den Herrn Vorredner verstanden — hätte man dann bei einem Eintritt in den Völkerbund alle diejenigen Fragen lösen können, die unter so großen Schwierigkeiten von dem Februar-Memorandum an bis zum heutigen Tage zum Vorkommen geführt haben.

Wir liegt daran, gegenüber dieser Fragestellung folgendes festzustellen: Auf der Tagung des Völkerbundes im September vorigen Jahres ist allerdings ein Appell an Deutschland ergangen, dem Völkerbund beizutreten und zwar ist dieser Appell erhoben worden von dem Ersten Minister Englands, von Herrn Macdonald. Dieser Appell ist damals der deutschen Regierung ganz überraschend gekommen, da gar kein Zweifel vorliegt nach den Erklärungen, die die damaligen drei Londoner Delegierten — Marx, Dr. Luther und ich — übereinstimmend abgegeben haben, daß unsere Erwartungen, bei unserem vierzehntägigen Aufenthalt in London, irgendeine Andeutung über den Wunsch des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, nicht in Erfüllung gegangen ist. Aber, Herr Kollege Koch, die damalige deutsche Reichsregierung ist dieser Anregung, als sie kam, sofort nachgegangen. Sie werden sich der Zeit erinnern, da Herr Ransgen bei dem Herrn Reichskanzler Marx in Sigmaringen erschien. Die damaligen Anregungen haben ja auch zu einem Dokument geführt, das heute noch im Mittelpunkt der Politik steht, nämlich zu dem September-Memorandum an den Völkerbund, worin wir dargelegt haben, unter welchen Gesichtspunkten wir im Völkerbund mitzuwirken wünschen. Das Entscheidende an diesem Memorandum war zunächst die Erklärung der grundsätzlichen Bereitschaft Deutschlands zum Eintritt in den Völkerbund, die hier klar und deutlich ausgesprochen wurde. Weiter war aber von Bedeutung, daß schon damals für uns die Fragen auftauchten, die jetzt den Gegenstand so heftiger Kämpfe im deutschen Volk

bilden: Wie wird es mit unserem Verhältnis zu Rußland, wenn wir im Völkerbund sind? Können wir in den Völkerbund eintreten, wenn wir nicht einen permanenten Sitz im Völkerbundsrat haben? Müßten wir uns, wenn wir diese grundsätzliche Bereitschaft aussprechen, nicht davor schützen, daß sie etwa als eine freiwillige Anerkennung des Versailler Vertrages oder als eine Anerkennung irgendeiner moralischen Schuld von Deutschland, soweit sie in diesem Vertrag zum Ausdruck gebracht ist, gedeutet wird? Insofern kann man, Herr Kollege Koch, wohl nicht sagen, daß wir einen besseren Weg gegangen wären, wenn wir damals sofort dem Völkerbund beigetreten wären. Wir konnten uns auch nicht telegraphisch anmelden, sondern es kam darauf an, diese Fragen zu klären.

Die Regierung des Herrn Reichskanzlers Luther ist in bezug auf den Völkerbund in keiner Weise von den Dingen abgewichen, die wir damals in einer Sitzung festgestellt haben, der der verstorbene Herr Reichspräsident Ebert vorgefassen hat. Es ist eine vollkommen gerade Linie seit jener Zeit durchgehalten worden. Nun bitten Sie, Herr Kollege Koch, mir noch entgegenhalten: Wenn du glaubtest, daß dieser Weg zum Ziele führt, war es dann nötig, darüber hinaus andere Bedingungen einzugehen. Meine Damen und Herren! Es ist kürzlich, und zwar in einer meiner Partei nahestehenden großen deutschen Zeitung, dem Zweifel Ausdruck gegeben worden, ob bei einem Fehlen der deutschen Initiative mit einem einseitigen Zusammengehen der Alliierten gegen Deutschland zu rechnen gewesen wäre. Diese Frage wird restlos gar nicht geklärt werden können; wenn aber der Herr Kollege Koch davon sprach, daß ein Volk in der Außenpolitik zu den Führern Vertrauen haben müsse, dann kann man doch auch dem Amt, das nun einmal dazu bestimmt ist, die Weltvorgänge zu beobachten Glauben schenken, wenn es zu der Überzeugung gekommen ist: es war Zeit für ein deutsches Eingreifen, wenn nicht ein einseitiges Eingreifen der anderen Seite gegen uns erfolgen sollte. Ich darf zum Beweise dafür auf die Prämisse zum Vertrag von Locarno hinweisen und auf jenen Artikel 31 des Versailler Vertrages, der uns zwingt, alles anzuerkennen, was die Alliierten etwa beschließen würden, um ihrerseits an die Stelle der aufgehobenen belgischen Neutralität neue Verträge zu setzen. Das verbreitetste französische Blatt brachte, als Locarno zu Ende war, zum Ausdruck: Hätten die Deutschen sich in Opposition gegeben, wäre die Paraphierung nicht von allen Nationen erfolgt, wäre Herr Briand trotzdem nicht mit leeren Händen nach Paris gekommen, sondern dann hätten sich die alliierten Nationen unter sich geeinigt. Wenn man in der Prämisse den Gedanken des Artikels 31 wieder auftauchen läßt, in einer von der anderen Seite vorgebrachten Formulierung, dann sieht man doch jedenfalls daraus, daß, solange das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs, mag man von unserer Seite aus zu ihm stehen, wie man will, nicht befriedigt ist, solange Frankreich einen Anspruch auf eine zusätzliche Sicherheit geltend machte, die ihm sowohl der englische Ministerpräsident wie die Führer der englischen Opposition durchaus zuerkannt hätten, über uns steht das Damoklesschwert einer solchen einseitigen Regelung geschnitten hätte. Wenn man unter diesen Gesichtspunkten den Versuch betrachtet, diese einseitige gegen uns gerichtete Politik umzuwandeln in ein Gegenseitigkeitsabkommen, das auch einen Gegenseitigkeitschutz in sich schloße, wird man es objektiver beurteilen, als es vielfach heute geschieht, wo ich oft die Empfindung habe, als wenn man nicht Vergangenes und Gegenwärtiges miteinander vergleicht und abwägt, sondern lediglich die Frage stellt: Was ist an Unrechtlichem in der Gegenwart noch übrig geblieben? Das ist unabweisbar unendlich viel; aber die Abtragung dieses Unrechtlichen wird auch die Aufgabe einer Politik von Jahren, einer ganzen Zukunftspolitik des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches sein müssen. (Sehr richtig! in der Mitte und links.)

Ich darf eingehen auf die Einwendungen, die heute Graf Westarp in seinen durchaus auf sachlicher Basis beruhenden Ausführungen zu dem gemacht hat, was er als Grundlage des ganzen Vertrages ansah, was auch unabweisbar die Grundlage des ganzen Vertrages ist, nämlich die Frage der

Sicherung der Grenze im Westen.

Wenn ich Graf Westarp recht verstanden habe, so hat er gesagt, er anerkenne durchaus die Auslegung der deutschen Reichsregierung. Etwas Ähnliches las ich gestern auch in einem großen Blatt, das sonst die Politik der Regierung am geschäftlichsten bekämpft, im „Berliner Lokalanzeiger“. Aber es wies darauf hin, die Auslegung der anderen Seite sei eine andere. Seine Freunde und Anhänger den Reichskanzler, als er gestern erklärte, ihm sei nicht bekannt, daß von autoritativer Seite die Dinge anders ausgelegt würden als bei uns.

Sicherung der Grenze im Westen.

Wenn ich Graf Westarp recht verstanden habe, so hat er gesagt, er anerkenne durchaus die Auslegung der deutschen Reichsregierung. Etwas Ähnliches las ich gestern auch in einem großen Blatt, das sonst die Politik der Regierung am geschäftlichsten bekämpft, im „Berliner Lokalanzeiger“. Aber es wies darauf hin, die Auslegung der anderen Seite sei eine andere. Seine Freunde und Anhänger den Reichskanzler, als er gestern erklärte, ihm sei nicht bekannt, daß von autoritativer Seite die Dinge anders ausgelegt würden als bei uns.